

Scalias plötzlicher Tod führt zu einem unerwarteten Machtkampf und entfacht eine neue Debatte in den laufenden Präsidentschaftswahlen

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 15. bis 19. Februar 2016

Die Berichterstattung dieser Woche wurde bestimmt durch den überraschenden Tod des neunundsiebzig-jährigen Richters am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, Antonin Scalia. Er verstarb vergangenen Samstag in Texas.

Bekannt durch seine extrem konservativen Ansichten und respektiert für seine textgenaue Deutung der Verfassung sorgt Scalias Ableben nun für einen erbitterten Streit um das Kräfteverhältnis am Obersten Gerichtshof. Präsident Obama, der von den Republikanern gerne als „Lame Duck“ betitelt wird, muss zeigen, dass er trotz kurzer verbleibender Amtszeit noch handeln kann. Verfassungsgemäß ist er befugt und verpflichtet einen neuen Kandidaten für den Richterposten zu nominieren. Es dauerte keine zwei Tage, bis die republikanischen Präsidentschaftskandidaten und Mitch McConnell, republikanischer Mehrheitsführer im Senat, verkündeten, der Senat solle jeden Nachfolger, den Obama nominiere, konsequent ablehnen. Das Volk müsse das Recht haben bei dieser folgenschweren Entscheidung mitzuwirken, demnach sei es die Angelegenheit des nächsten, ab November 2016 gewählten, Präsidenten einen Ersatz für Scalia zu nominieren.

Die *Washington Post* positionierte sich klar: das Volk habe an dieser Entscheidung bereits mitgewirkt, indem es Obama wählte – zweimal. Die lahme Ente „sei noch am Quaken“. Die Amtszeit des Präsidenten nähere sich zwar ihrem Ende, habe allerdings nichts mit der Nominierung zu tun. In der Verfassung deute nichts darauf hin, dass der Präsident in seinem letzten Jahr keine Nominierungen mehr vornehmen dürfe. Scharfe Kritik erhielt McConnells Weigerung, einen von Obama nominierten Nachfolger für Scalia in Betracht zu ziehen. Die Republikaner würden sich dadurch keinen Gefallen tun, so die *Post*, abgesehen davon sei es wesentlich einfacher, dem Nominierten eine faire Anhörung zu gewährleisten. Ablehnen

könne man diesen dann immer noch, solange der Senat der Meinung sei, der oder die Auserwählte sei nicht geeignet.

Die *New York Times* bezieht eine der *Post* ähnliche Position, wobei sie sich vor allem auf die Präsidentschaftswahlen fokussiert. Die Hinauszögerung einer Anhörung für einen Nachfolger Scalias über die Amtszeit Obamas hinaus führe zu erheblichen Auswirkungen im Wahlkampf. In den sogenannten „lila Staaten“, jene, die nicht eindeutig als republikanisch oder demokratisch gelten, könne das Verhalten der Republikaner zu deren Ungunsten ausgehen, so die *Times*. Die sonst so verfassungsliebende Partei verweigere dem Präsidenten nun sein verfassungsmäßiges Recht einen Nachfolger zu bestimmen um das Gericht wieder zu komplettieren. Die demokratischen Präsidentschaftskandidaten Clinton und Sanders nutzen diese Vorkommnisse zu ihrem Vorteil, um sich fair und verfassungstreu darzustellen, und dies sei, so die *New York Times*, ihr gutes Recht.

Während die *Washington Post* und die *New York Times* sich intensiv mit den Argumenten der gegnerischen Parteien beschäftigen, setzt sich *Politico* direkt mit den möglichen Nominierungen Obamas auseinander und wägt Strategien ab. Zwar sei ein progressiver Nachfolger das, was sich der Präsident wünsche, dieser würde jedoch höchst wahrscheinlich sofort abgelehnt werden, sollte es überhaupt zu einer Anhörung im Senat kommen. Eine andere Vorgehensweise, so schreibt *Politico*, sei es einen Kandidaten aus einer ethnischen Minderheit zu nominieren. Die Republikaner würden unter Druck gesetzt, denn im Falle einer Ablehnung würde man ihnen die Voreingenommenheit der „alten weißen Männer“ vorwerfen. Davon wiederum würden die Demokraten profitieren, allen voran Clinton und Sanders. Einen moderaten republikanischen Kandidaten zu nominieren, der mit der demokratischen Partei sympathisiert, sei laut *Politico* eine dritte Variante. Obama könne dadurch zwar viele Anhänger seinerseits verlieren, jedoch wäre das die aussichtsreichste Chance einen Kandidaten seiner Wahl an den Gerichtshof zu bringen. Juristen, die den Republikanern nahe stehen und tolerant gegenüber Streitthemen wie Abtreibung und der Homosexuellen-Ehe eingestellt sind, gebe es jedenfalls.

Quellen:

www.washingtonpost.com

www.nytimes.com

www.politico.com

